

**Entwurf der Kapitel 1, Vision und Kapitel 2, Problemdarstellung**

## **Manifest für eine konstruktive und resiliente Demokratie**

Eine parlamentarische Demokratie, die Probleme löst, Chancen nutzt und nicht untergraben werden kann

1. September 2024

### **Einleitung**

Wir schreiben gemeinsam ein Manifest für eine konstruktive Demokratie.

Die Parteien links und rechts der Mitte beklagen, dass die Rahmenbedingungen für konstruktives politisches Handeln ungünstig sind, was eine Zusammenarbeit erschwert. Daher diskutieren wir, welche Änderungen notwendig sind und schlagen konkrete, umsetzbare Verbesserungen vor. Die Menschen in Österreich und die Demokratie benötigen eine Politik, die schneller zu besseren Entscheidungen führt.

Hiermit liegt der Entwurf der ersten beiden Kapitel zur Diskussion vor.

Die weiteren Kapitel mit Vorschlägen für Lösungen, Strategien und Maßnahmen folgen.

### **Einladung**

Jetzt suchen wir Bürgerinnen und Bürger, die sich am Schutz und der Entwicklung der Demokratie aktiv beteiligen, statt nur zuzuschauen. Nehmen Sie bitte unsere Einladung an!

## Erarbeitung

Der vorliegende Entwurf ist im Frühjahr und Sommer 2024 partizipativ entstanden. Die Erarbeitung war nur auf Basis der Mitwirkung, Beiträge, Hinweise, Kommentare und Unterstützung von LAbg. Dipl.-Ing.in Selma Arapović; Abg.z.NR MMag. Dr. Karl-Arthur Arlamovsky; Univ.-Prof. Doz. Dr. Dr.h.c. Rainer Bauböck; Abg.z.NR Michael Bernhard; Mag. (FH) Stephan Blahut; Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand; Mag.a Christiane Brunner; Botschafter a.d. Mag. Helfried Carl, M.A.; Mag.a Anna Daimler, B.A.; Mag. Gerhard Eisl; Univ.-Prof. Dr. Laurenz Ennser-Jedenastik; Abg.z.NR Dr.in Ewa Ernst-Dziedzic; Mag.a Noemi Fischer; EU-Kommissar a.d. Dipl.-Ing. Dr. Franz Fischler; ao. Univ.-Prof. Dr. Christian Friesl; BM a.d. Dr. Friedhelm Frischenschlager; Abg.z.NR Mag. Wolfgang Gerstl; Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Dr.h.c.mult. Martin Gerzabek; ao.Univ.-Prof. Dr. Mag. Wolfgang Gratz; Mag. Nikolaus Grillner; Kurt Guwak; Abg.z.NR Mag.a Sibylle Hamann; ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell; Abg.z.NR Douglas Hoyos-Trauttmansdorff; Sonja Jöchtl, M.A.; Brigadier Gerald Karner; Dr. Karl Kienzl; BRin MMag.a Elisabeth Kittl; BRP a.d. Gottfried Kneifel; Dr.in Judith Kohlenberger; Dr. Nikolaus Kowall; Dr.in Daniela Kraus; Dr. Karl Lengheimer; Marlies Lenglachner; Mag. Robert Luschnik; MdEP Mag. Lukas Mandl; Abg.z.NR Dr. Johannes Margreiter; Florian Maringer, BA; Prof. Dr. Manfred Matzka; MMag.a Maria Mayrhofer; Willi Mernyj; Abg.z.NR Josef Muchitsch; Abg.z.NR Barbara Neßler; Dr. Christoph Neumayer; Walter Osztovics, B.A; Mag.a Martina Pecher; Peter Plaikner; Abg.z.NR Mag.a Agnes Sirkka Prammer; Sonja Rauschütz, MPA; Univ.-Prof.in Dr.in Sieglinde Rosenberger; Thomas Salzer; Dr. Oliver Scheiber; Mag.a Heidi Schrodtr; Dr. Markus Schlagnitweit; Dr. Karl Sevelda; Abg.z.NR Mag. Yannick Shetty; Stefan Sindelar; Mg. Florian Schnurer; LTP a.d. LAbg. Wolfgang Stanek; Dr. Klaus Unterberger; Dr. Johannes Webhofer; Mag.a (FH) Tanja Wehsely; ehem. MdEP em. Univ.-Prof Dr. Josef Weidenholzer; Peter Wesely; Marina Wittner, B.Sc. LL.B.; Abg.z.NR Mag.a Selma Yildirim möglich. Herzlichen Dank dafür!

## Kontaktinformation:

Für weitere Informationen und Anfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Andreas Kovar  
Netzwerk Chance Demokratie  
Dorotheergasse 7, 1010 Wien, Österreich  
T: +43 1 522922011  
andreas.kovar@chancedemokratie.net

## Kapitel 1

### Vision 2034: Österreichs Weg zu einer konstruktiven und resilienten Demokratie

Diese Vision für Österreich ist das Ergebnis der Zusammenarbeit und konstruktiver Diskussionen innerhalb des Netzwerks Chance Demokratie. In einer Reihe von Online-Diskussionen, Meetings und einem Workshop haben Mitglieder gemeinsam erarbeitet, wie sich Österreich demokratiepolitisch bis 2029 und 2034 entwickeln könnte, wenn wir ab sofort die richtigen Entscheidungen treffen. Diese Vision skizziert den Weg zu einem Österreich, das durch eine starke, transparente und partizipative Demokratie geprägt ist, und zeigt, wie wir als Gesellschaft die Herausforderungen der Zukunft meistern können.

In den nächsten fünf bis zehn Jahren könnte sich Österreich zu einer Vorbildnation in Europa entwickeln, die durch eine stabile, transparente und partizipative Demokratie geprägt ist. Politische Bildung wird fest in allen Bildungseinrichtungen verankert und beginnt bereits in der Unterstufe als Pflichtfach. Die Bürger\*innen aller Altersgruppen sind hervorragend informiert, diskursfähig und nehmen aktiv an politischen Prozessen teil. Deliberative Partizipationsformate wie Bürger\*innenräte werden integraler Bestandteil der Entscheidungsfindung, was zu einer deutlichen Verringerung der gesellschaftlichen Polarisierung führt. Die Bürgerbeteiligung wird durch transparente, sachorientierte und evidenzbasierte Entscheidungsprozesse gestärkt, wodurch das Vertrauen in die Demokratie und die Wertschätzung dieses politischen Systems auf breiter Basis gefestigt wird.

Österreich entwickelt sich zu einer Gesellschaft, in der Integration nicht nur als Herausforderung, sondern als Chance für gesamtgesellschaftliche Weiterentwicklung verstanden und aktiv gelebt wird. Ein klar definierter Wertekanon bildet das Fundament dieses Miteinanders und wird als erstrebenswertes Zukunftsbild anerkannt. Die Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch in der politischen Repräsentation wider, wodurch die Anliegen aller Bürger\*innen Gehör finden. Die politische Landschaft ist geprägt von Respekt, Ehrlichkeit und einem gemeinsamen Verständnis für die Bedeutung demokratischer Werte. Politische Entscheidungen basieren auf einem langfristigen, nachhaltigen Ansatz, der zukunftsorientierte Politikfelder wie Bildung, Klimaschutz und soziale Integration systematisch entwickelt und umsetzt. Diese Zukunftsvision stärkt das soziale Gefüge und fördert ein starkes Gemeinschaftsgefühl, wodurch Österreich seinen Platz als innovatives, sozial gerechtes und zukunftsfähiges Land festigt.

Die Medienlandschaft in Österreich ist unabhängig und vielfältig, frei von Monopolen und politischer Einflussnahme. Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der unabhängig und vertrauenswürdig agiert, bildet das Rückgrat einer informierten Gesellschaft. Inseratenkorruption gehört der Vergangenheit an, und die Medien finanzieren sich transparent und unabhängig. Eine gezielte Strategie gegen Populismus sowie die Verbreitung von Hass und Fake News ist erfolgreich etabliert.

Konstruktive, inhaltsorientierte Berichterstattung dominiert die mediale Landschaft, während destruktiver Populismus und persönliche Auseinandersetzungen in den Hintergrund treten.

Die demokratischen Prozesse in Österreich werden durch umfassende Reformen so gestaltet, dass sie echte Bürgerbeteiligung ermöglichen und die Legitimität politischer Entscheidungen stärken. Gesetzgebungsprozesse werden transparent gestaltet, alle relevanten Interessengruppen frühzeitig eingebunden, und die Bürgerbeteiligung wird inklusiv organisiert. Politische Institutionen wie der Verfassungsgerichtshof, der Rechnungshof und die Volksanwaltschaft agieren zuverlässig und unabhängig von politischen Entscheidungsprozessen. Spitzenpositionen werden durch transparente und international anerkannte Auswahlverfahren besetzt, was das Vertrauen in die politische Führung stärkt. Ministerien sind als wissensbasierte Expert\*innen-Organisationen etabliert, die Fairness und Transparenz fördern und attraktive Arbeitsbedingungen bieten.

Das Parlament wird wieder zu einem Ort lebendiger, substanzreicher Debatten, die die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln und die Anliegen aller Bürger\*innen berücksichtigen. Durch die Stärkung der parlamentarischen Arbeit und der Unabhängigkeit zentraler Institutionen wird Österreich zu einem Vorreiter in der Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaats in Europa. Moderne Arbeitsmethoden und agile Organisationsstrukturen erhöhen die Effizienz und Wirkung der Verwaltung, wodurch die politische Kultur Österreichs geprägt ist von Transparenz, offener Diskussion und einem tiefen Engagement für die demokratischen Werte, die das Land stark und zukunftsfähig machen.

## Kapitel 2

### Unsere Ausgangssituation und Problematik

#### A. Meinungsbildung und Entscheidungsfindung

Dieses Kapitel beschreibt die vielfältigen Herausforderungen, denen die politische Kommunikation, die demokratischen Prozesse, die Medienunabhängigkeit und die politische Entscheidungsfindung in Österreich gegenüberstehen. Er stellt fest, dass das politische System des Landes durch eine Reihe von strukturellen und verhaltensbedingten Problemen gefährdet wird, die das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Stabilität der Demokratie untergraben.

#### Hauptprobleme:

1. **Krise der politischen Kommunikation:** Populismus und der Persönlichkeitskult, verstärkt durch soziale Medien, fördern die Fokussierung auf Einzelpersonen anstatt auf kollektive politische Prozesse. Zudem zeigt die politische Kommunikation eine zunehmende Oberflächlichkeit und Aggressivität, was den konstruktiven Dialog und die Zusammenarbeit behindert. Die Verrohung des politischen Diskurses führt zu einem Verfall grundlegender demokratischer Werte.
2. **Schwächen in den demokratischen Prozessen:** Das politische System leidet unter mangelnder Transparenz und Bürgerbeteiligung, besonders in den Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozessen. Eine effektive Beteiligung der Bürger\*innen und Interessengruppen wird oft vernachlässigt, was zu einer Abnahme der demokratischen Legitimation und einer Verstärkung der politischen Entfremdung führt.
3. **Gefährdete Medienunabhängigkeit:** Unabhängiger Journalismus steht unter starkem wirtschaftlichen Druck, während die derzeitige Medienförderung in Österreich Wettbewerbsverzerrungen begünstigt. Die enge Verflechtung von Politik und Boulevardmedien sowie die willkürliche Vergabe von Regierungsinseraten gefährden die Unabhängigkeit der Medien und damit die demokratische Kontrollfunktion.
4. **Individuelle Verantwortung und Personalentscheidungen:** Die Besetzung entscheidender politischer Positionen erfolgt häufig unter Zeitdruck und mangelnder Transparenz, was die politische Stabilität und das Vertrauen in die Demokratie gefährdet. Zudem zeigt sich eine zunehmende soziale Schichtung im Parlament, die die Repräsentation unterprivilegierter Gruppen einschränkt.

#### Fazit:

Die Kombination aus ineffektiver politischer Kommunikation, mangelnder Transparenz in demokratischen Prozessen, gefährdeter Medienunabhängigkeit und unzureichenden Personalentscheidungen stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie in Österreich dar. Um

diesen Herausforderungen zu begegnen, sind tiefgreifende Reformen notwendig, die eine Stärkung der politischen Mitte, eine verbesserte Einbindung der Bürger\*innen und eine Sicherstellung der Unabhängigkeit der Medien beinhalten. Es bedarf zudem klarer Auswahlprozesse für politische Positionen und einer verstärkten Reflexion über die grundlegenden Werte und Praktiken der Demokratie. Nur so kann das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wiederhergestellt und die Stabilität der Demokratie langfristig gesichert werden.

**Folgende Probleme werden angesprochen:**

1. Populismus fördert einen Persönlichkeitskult in der Politik.
2. Politiker\*innen kommunizieren zunehmend weniger konstruktiv und ernsthaft.
3. Parteipolitik und Message Control verdrängen inhaltlich wichtige Themen.
4. Medien verstärken Negativberichterstattung und aggressive Interviewstile.
5. Demokratie wird oft missverstanden, was zu einem Verfall der Werte führt.
6. Politiker\*innen ignorieren notwendige Reformen aus kurzfristigen Interessen.
7. Die politische Mitte verliert an Stabilität und Kompromissfähigkeit.
8. Vertrauen in politische Akteure geht schnell verloren und ist schwer wiederherzustellen.
9. Zunehmendes Misstrauen der Bevölkerung untergräbt die Legitimität politischer Institutionen.
10. Der politische Diskurs leidet unter der zunehmenden Selbstdarstellung in Parlamenten.
11. Aggressive und hetzerische Sprache verhindert sachliche politische Diskussionen.
12. Fehlende überparteiliche Bildungsräume schränken den politischen Diskurs ein.
13. Es gibt einen Mangel an fortlaufender Metakommunikation in der Politik.
14. Parteipolitische Strukturen haben sich nicht an realpolitische Veränderungen angepasst.
15. Es fehlen ausreichende Konsequenzen für politische Falschaussagen und Hetze.
16. Das Vertrauen in demokratische Prozesse wird durch mangelnde Kommunikation geschwächt.
17. Gesetzgebungsprozesse in Österreich leiden unter mangelnder Transparenz.
18. Der politische und mediale Diskurs über EU-Themen kommt oft zu spät.
19. Nicht alle relevanten Interessengruppen werden in Gesetzgebungsprozesse eingebunden.
20. Bürgerbeteiligung und Konsultationsprozesse sind oft einseitig und unzugänglich.
21. Politische Prozesse werden selten von neutralen Instanzen begleitet.
22. 19% der österreichischen Bevölkerung sind vom Wahlrecht ausgeschlossen.
23. Politische Strukturen sind nicht für die Komplexität moderner Transformationsprozesse ausgelegt.

24. Politische Entscheidungen werden oft in kleinen, abgeschotteten Kreisen getroffen.
25. Abstimmungsprozesse in Koalitionsregierungen sind ineffizient.
26. Es fehlt an einer Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation in der Politik.
27. Es herrscht ein erheblicher Mangel an Transparenz in politischen Prozessen.
28. Das politische System ist zunehmend unfähig, komplexe Herausforderungen zu bewältigen.
29. Deliberation und Konsensbildung fehlen in politischen Entscheidungsprozessen.
30. Die Einbindung von Stakeholdern in politische Prozesse ist oft politisiert und intransparent.
31. Die Einbindung von Wissenschaftler\*innen in politische Entscheidungen wird oft nicht effektiv genutzt.
32. Die Bürgernähe und Transparenz in politischen Prozessen sind unzureichend.
33. Gesetzesentwürfe werden oft ohne ausreichende Überprüfung finalisiert.
34. Politische Entscheidungen werden zunehmend mit Misstrauen begegnet.
35. Es besteht oft ein Missverständnis über die Komplexität politischer Herausforderungen.
36. Unabhängiger Journalismus steht unter starkem wirtschaftlichen Druck.
37. Die Politik der Medienförderung in Österreich führt zu Wettbewerbsverzerrungen.
38. Regierungsinserate werden willkürlich vergeben, was die Unabhängigkeit des Journalismus gefährdet.
39. Boulevardmedien besitzen durch politische Verflechtungen große Macht.
40. Der österreichische Rechtsstaat wird durch politischen Einfluss gefährdet.
41. Die Unabhängigkeit der Medien und Justiz steht unter politischem Druck.
42. Politische Berichterstattung ist oft oberflächlich und nicht tiefgehend.
43. Berufsverbände wie der Presserat werden von einigen Medien ignoriert.
44. Der ORF kämpft um seine redaktionelle und operative Unabhängigkeit.
45. Journalist\*innen sind zunehmend Angriffen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt.
46. Die Demokratie in Österreich ist durch Schwächen in der Gewaltenteilung gefährdet.
47. Es gibt Probleme bei der journalistischen Unabhängigkeit, besonders in Bezug auf Regierungsreisen.
48. Die Finanzierung von Journalismus stellt eine erhebliche Herausforderung dar.
49. Personalentscheidungen in der Politik gefährden die Stabilität der Demokratie.
50. Es gibt keine klaren Auswahlprozesse für wichtige politische Positionen.
51. Kurze Entscheidungsfristen für Minister\*innen-Posten erschweren fundierte Entscheidungen.

52. Das Niveau der politischen Auseinandersetzung ist auf einem bedenklich niedrigen Niveau.

53. Soziale Schichtung im Parlament stellt ein demokratiepolitisches Problem dar.

Diese Zusammenfassung macht die zentralen Herausforderungen deutlich, die in den Bereichen politische Kommunikation, demokratische Prozesse, Medienunabhängigkeit und politische Entscheidungsfindung bestehen.

## **A.1 Die Krise der politischen Kommunikation**

### **Populismus und Persönlichkeitskult**

Der zunehmende Populismus, verstärkt durch den Aufstieg der sozialen Medien, fördert einen Persönlichkeitskult in der politischen Arena. Dieser Kult fokussiert sich stark auf einzelne Politiker\*innen und Politiker als "Celebrities" und weniger auf Parteien, Fraktionen oder gar überparteiliche Kooperationen und das Parlament als kollektiven Akteur für gesellschaftlichen Wandel. Diese Dynamik bevorzugt Politiker\*innen, die sich als Einzelakteure profilieren und aus der Masse hervorstechen, während diejenigen, die konstruktiv im Team arbeiten, benachteiligt werden. Die Medienlogik trägt zu diesem Problem bei, da politische Prozesse, die durch Teamarbeit getragen werden, selten im Vordergrund stehen.

### **Verfall politischer Kommunikation**

Politische Akteure zeigen zunehmend eine geringe Bereitschaft, miteinander zu kommunizieren und die Meinungen anderer ernsthaft zu berücksichtigen. Stattdessen werden häufig vorformulierte, inhaltsleere Aussagen präsentiert, oft vermittelt durch Berater\*innen. Dies führt dazu, dass sich die Bürgerschaft nicht ernst genommen fühlt. Infolgedessen wenden sich viele Bürger\*innen politischen Vertretern zu, die zwar klare, aber oft unrealistische oder demokratiegefährdende Positionen vertreten.

Die aktuellen Herausforderungen in der politischen Kommunikation sind vielfältig. Ein zentrales Hindernis für konstruktive Diskussionen ist die Dominanz von Parteipolitik und Message Control. Das Streben nach kurzfristigem Erfolg in Meinungsumfragen und die Schärfung des eigenen Profils führen dazu, dass inhaltliche und politisch wesentliche Themen in den Hintergrund treten. Diese Dynamik behindert die Zusammenarbeit und fördert Destruktivität, da negative Kommentare und der Fokus auf Differenzen zur eigenen Profilierung genutzt werden. Auch die Medien spielen eine problematische Rolle, indem sie den Druck auf Quoten und Profilierung erhöhen.

Negativberichterstattung und das aggressive Nachfragen in Interviews, das oft dazu dient, als Journalist\*in zu punkten, stehen im Vordergrund. Diese Entwicklung wird durch Social Media und die Bildungsinstitutionen verstärkt, die oft überfordert sind, konstruktive und tiefgehende Auseinandersetzungen zu fördern.

### **Missverständnisse und Verrohung in der Demokratie**



Die Demokratie wird oft missverstanden als ein System, in dem "alles geht" und jeder jederzeit alles sagen darf. Dieses Missverständnis hat dazu geführt, dass grundlegende Werte wie Ehrlichkeit, Respekt und Toleranz zunehmend missachtet werden. Besonders alarmierend ist die Verrohung des politischen Diskurses, bei dem rüpelhaftes Verhalten nicht nur geduldet, sondern manchmal sogar gefeiert wird. Dies verwischt die "Linie im Sand" – die notwendigen, aber oft unscharfen, demokratischen Werte und Konventionen. Politiker\*innen, die diese Grenzen ignorieren oder überschreiten, tragen dazu bei, dass diese Werte zunehmend in den Hintergrund treten.

### **Beispiele für unehrliche politische Entscheidungen**

Beispielsweise wird die Notwendigkeit einer Reform des Pensionssystems ignoriert, obwohl die demografischen Veränderungen dies erfordern. Ähnlich wird die Energiewende entweder als leicht umsetzbar dargestellt oder der Klimawandel wird heruntergespielt, obwohl die Bevölkerung die Schwierigkeiten einer schnellen Umstellung versteht. Auch in der Migrationspolitik wird nicht anerkannt, dass Migration für den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem notwendig ist; stattdessen werden fiktive Probleme wie erhöhte Kriminalität in den Vordergrund gestellt. In der Bildungspolitik wird trotz der gravierenden Defizite in den Grundkompetenzen vieler Schüler\*innen keine ausreichende Unterstützung für Lehrkräfte und Qualitätskontrollen an Schulen eingeführt. Diese Beispiele zeigen, dass politische Entscheidungen oft von kurzfristigen Interessen geleitet werden, anstatt auf ehrliche und sachliche Argumentation zu setzen.

## **A.2 Politischer Diskurs und Vertrauen**

### **Stabilität der Demokratie und politische Mitte**

Langfristig kann Demokratie nur dann erfolgreich bestehen, wenn sie von der politischen Mitte getragen wird, da extreme Positionen an den Rändern keine stabilen Mehrheiten schaffen können. Die Stabilität der Mitte hängt von ihrer Fähigkeit zu Kompromissen ab, denn der Kompromiss ist entscheidend für die Stärkung der Mitte. Wenn die politische Mitte zur Quelle der Langeweile wird, gefährdet dies die Demokratie. Eine Erosion der Demokratie tritt auf, wenn sie in starre Lager zerfällt und die Mitte schwächer wird. Genau das passiert derzeit in vielen westlichen Demokratien. Dieser Prozess wird dadurch verstärkt, dass in der öffentlichen Kommunikation oft unklar ist, was die Mehrheitsmeinung tatsächlich ist und welche Folgen die Unterstützung extrem einseitiger Positionen haben kann.

### **Vertrauen und Legitimität in der Demokratie**

Das Grünbuch Demokratieforum, initiiert vom Oberösterreichischen Landtag und der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich, zielte darauf ab, die Demokratie zu stärken und weiterzuentwickeln. Durch einen umfassenden, mehrphasigen Prozess, der öffentliche Beteiligung einbezog, wurden Defizite und Herausforderungen im demokratischen System identifiziert. Ein zentrales Anliegen des Projekts war, dass Bürger\*innen das Vertrauen in die Demokratie verlieren, wenn politische Akteure nicht in der Lage sind, Probleme zu lösen.

Vertrauen in politische Akteure kann schnell verloren gehen und ist nur schwer wiederherzustellen. Dieser Vertrauensverlust wird häufig durch das Handeln der politischen Entscheidungsträger selbst verursacht.

### **Herausforderungen und Analysen politischer Kommunikation**

In einer Arena Analyse zu den Risiken für die Demokratie wurden politische Insider nach zukünftigen Entwicklungen im Bereich Demokratie, politischer Mitbestimmung und Repräsentation befragt, die bislang von Medien und Öffentlichkeit wenig Beachtung fanden. Die Analyse identifizierte mehrere zentrale Herausforderungen, die die Effektivität der politischen Entscheidungsfindung erheblich beeinträchtigen: Die Legitimität und Wirksamkeit politischer Institutionen werden zunehmend durch ein wachsendes Misstrauen der Bevölkerung untergraben. Dies zeigt sich in einem allgemeinen Vertrauensverlust gegenüber Parlamenten, Regierungen, Parteien und Medien. Die Entfremdung der politischen Klasse von den Bürger\*innen, bedingt durch eine zunehmende Professionalisierung der Politik, verstärkt diesen Vertrauensverlust. Viele Bürger\*innen empfinden demokratische Prozesse als bedeutungslos, da wesentliche Entscheidungen oft außerhalb dieser Prozesse getroffen werden, was die Legitimität der repräsentativen Demokratie schwächt. Zusätzlich führt der wachsende Einfluss externer Akteure, insbesondere auf EU-Ebene, zu einem Gefühl der Ohnmacht bei den Bürger\*innen und einer Entmachtung nationaler Parlamente. Der politische Diskurs leidet unter einer Verschlechterung der öffentlichen Debatte, was sachliche Auseinandersetzungen erschwert und die Polarisierung verstärkt. Schließlich untergräbt eine gegenseitige Skepsis zwischen Bürger\*innen und Politiker\*innen die demokratischen Prozesse weiter und erschwert die politische Handlungsfähigkeit.

Der aktuelle Zustand der politischen Kommunikation zeigt eine zunehmende Entfremdung zwischen den verschiedenen politischen Lagern. Parlamente, die ursprünglich als Plattformen für den konstruktiven Austausch von Argumenten dienen sollten, werden zunehmend als Bühne zur Selbstdarstellung genutzt. Ein bezeichnendes Zeichen dafür ist, dass Plenarreden zunehmend nicht mehr für den direkten politischen Diskurs, sondern für die Fernsehübertragung gestaltet werden.

### **Sprache und politischer Diskurs**

Das Zitat aus dem Musical „My Fair Lady“, in dem es heißt: „Die Sprache macht den Menschen, die Herkunft macht es nicht“, trägt eine tiefgreifende Bedeutung, die auch in der heutigen politischen Landschaft relevant ist. Diese Weisheit hat einen aktuellen Bezug. Ein wachsendes Problem ist die aggressive, beleidigende und hetzerische Sprache, die von einigen Politikern verwendet wird. Diese Ausdrucksweise verhindert einen sachlichen Dialog und erschwert eine konstruktive Zusammenarbeit sowie das Finden gemeinsamer Lösungen.

Die im Dezember 2023 von der Parlamentsdirektion veröffentlichte Broschüre „Grund- und Freiheitsrechte in Österreich“ widmet sich in einem Kapitel der Sprache von Politiker\*innen, bleibt jedoch aus meiner Sicht zu oberflächlich und geht nicht ausreichend auf diese Problematik ein. Ein Beispiel für den destruktiven Sprachgebrauch ist der US-Wahlkampf, in dem Begriffe wie „dumm“ oder „verrückt“ von Donald Trump verwendet wurden. Eine solche Rhetorik birgt die Gefahr, dass sich immer mehr Menschen dieser Sprache anschließen, was letztlich zu einer Zunahme von Gewalt führen kann.

## **Bildung und überparteilicher Dialog**

Die großen Parteien in Österreich nutzen ihre eigenen politischen Akademien für Bildung und Profilbildung. Allerdings fehlt ein überparteilicher Raum, der den parteiübergreifenden Dialog und Diskurs fördert. Dies könnte zu einer einseitigen Betrachtung relevanter Themen führen und den Austausch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren einschränken.

## **Notwendigkeit von Metakommunikation**

Für die Weiterentwicklung sozialer Systeme, einschließlich der parlamentarischen Demokratie, ist Metakommunikation – also die Reflexion und Selbstvergewisserung über Kommunikations-, Kooperations- und Konfliktbewältigungspraktiken – unerlässlich. Bisherige Initiativen wie "Chance Demokratie" und "Bessere Verwaltung" haben gezeigt, dass diese Form der Reflexion möglich ist, jedoch fehlt es an fortlaufenden und strukturierten Ansätzen zur Etablierung solcher Prozesse.

## **A.3 Gefährdete Prozesse**

### **Politisches Verhalten und Strukturen**

Das politische Geschäft ist häufig von Eitelkeit und dem Drang nach Medienaufmerksamkeit geprägt. Politiker\*innen laufen Gefahr, sich von der Öffentlichkeit und den Medien treiben zu lassen, anstatt langfristige Strategien zu entwickeln und ihr Handeln kritisch zu reflektieren.

Das zentrale Problem besteht darin, dass die parteipolitischen Strukturen nicht mit den realpolitischen Veränderungen Schritt gehalten haben. Im Parlament herrscht weiterhin ein strikter Fraktionszwang, wodurch das „freie Spiel der Kräfte“ weitgehend unterdrückt wird. Regierungen nutzen ihre Parlamentsfraktionen lediglich als Abstimmungsmasse für bereits ausgearbeitete Vorlagen, ohne Raum für Diskussionen oder Verbesserungen der Anträge zu lassen. Ein konstruktives Zusammenspiel mit Oppositionsparteien findet selten bis gar nicht statt. Es ist wichtig zu betonen, dass die gewählten Organe und die in der Verfassung festgelegten Verfahren nicht durch populistische Bestrebungen untergraben werden dürfen.

Es gibt keine ausreichenden Konsequenzen für Politiker\*innen, die Falschaussagen oder Hetze verbreiten. Ein strengerer ethischer Maßstab für Berufspolitiker\*innen ist erforderlich, da dies das Vertrauen in demokratische Prozesse schwächt. Demokratische Kräfte versäumen es häufig, Probleme klar anzusprechen. Das Schönreden von Missständen verringert die Relevanz der Wahrnehmung in der Bevölkerung und schwächt die Glaubwürdigkeit demokratischer Akteure. Gleichzeitig profitieren destruktive Parteien von diesem Mangel an offener Kommunikation. Demokratische Kräfte vernachlässigen oft die kontinuierliche und gezielte Ansprache von Wechsel- und Nichtwähler\*innen, was das politische Engagement und die Wählerbindung schwächt.

### **Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse**

Im Jahr 2017 wurde in einer Expertengruppe die Weiterentwicklung des Parlamentarismus diskutiert. Dabei wurden zentrale Herausforderungen identifiziert, die das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus beeinträchtigen. Zu den Hauptproblemen gehören eine unzureichende Einbindung der Bürger\*innen in den politischen Entscheidungsprozess, mangelnde Transparenz und Eigenständigkeit parlamentarischer Entscheidungen sowie ineffiziente Arbeitsstrukturen in den Parlamenten. Diese Faktoren führen zu einer Abnahme der demokratischen Legitimation und einer Schwächung des politischen Diskurses.

Der Gesetzgebungsprozess in Österreich leidet unter mangelnder Transparenz und einer unzureichenden Beteiligung der Bürger\*innen. Diese Defizite schwächen die politische Kultur und verringern das Vertrauen in demokratische Institutionen. Es besteht die Notwendigkeit, den Prozess zu öffnen und die Bürger\*innen stärker einzubinden.

Der politische und mediale Diskurs über EU-Initiativen und damit verbundene Zukunftsthemen erreicht Österreich oft zu spät. Dies führt dazu, dass sich Abgeordnete, politische Parteien, Interessengruppen sowie die Öffentlichkeit erst in einem fortgeschrittenen Stadium der europäischen Gesetzgebung mit den Themen auseinandersetzen. Dadurch wird die Chance vertan, rechtzeitig nationale Interessen zu formulieren und effektiv in den europäischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Aktuell werden in Gesetzgebungsprozesse nicht alle relevanten Interessengruppen rechtzeitig und strukturiert eingebunden. Dies mindert die Qualität der Gesetze und erhöht die Angreifbarkeit von Entscheidungen. Ein Beispiel hierfür ist die unausgewogene Vertretung der Sicherheitsbranche, bei der ausschließlich die Arbeitgeberseite berücksichtigt wurde. Gesetzgebungsprozesse leiden unter zu kurzen Vorlaufzeiten und Begutachtungsfristen. Die eingebrachte Kritik wird oft nicht adäquat berücksichtigt, und Rückmeldungen an die beteiligten Organisationen oder Personen fehlen. Dies beeinträchtigt die inhaltliche Qualität der Gesetze und mindert den Konsens und Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen.

In der aktuellen politischen Praxis sind Stakeholderbeteiligung und Konsultationsprozesse oft einseitig und beschränkt. Bürger haben meist nur die Möglichkeit, Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen abzugeben, was häufig zu hochschwellig und unzugänglich ist. Direkte Austauschmöglichkeiten, die über formale Stellungnahmen hinausgehen, fehlen oft, was zu einer mangelnden Transparenz und Akzeptanz politischer Entscheidungen führen kann.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass politische Prozesse selten von neutralen, moderierenden Instanzen begleitet werden, wie es in Unternehmen bei größeren Transformations- und Entscheidungsprozessen durch systemisches Coaching üblich ist. In der Politik dominieren traditionell Machtorientierung und Kontrollbedürfnis, was den Einsatz von externen Moderatoren oder Coaches erschwert. Es besteht ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber offenen und ergebnisoffenen Prozessen, was zu unproduktiven und stark kontrollierten Gesprächsformaten führt.

### **Soziale und demografische Herausforderungen**

Derzeit sind in Österreich 19 % der Wohnbevölkerung ab 16 Jahren vom Wahlrecht ausgeschlossen, da sie nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen (10 % EU-Bürger und 9 % Drittstaatsangehörige). Vor 2000 betrug dieser Anteil weniger als 9 %. Diese Entwicklung schwächt

die Legitimität der Demokratie, da ein erheblicher Teil der Bevölkerung nicht repräsentiert wird. Die Interessen von Personen ohne österreichischen Pass werden in der Politik weniger berücksichtigt, was Parteien dazu veranlasst, Stimmen mit populistischen Parolen gegen Zugewanderte zu gewinnen. Dadurch wird die Vertretung jüngerer, einkommensschwächerer und städtischer Bevölkerungsgruppen zugunsten älterer, wohlhabenderer und ländlicher Bevölkerung verzerrt. Wien hätte beispielsweise mehr Mandate im National- und Bundesrat, wenn diese auf Basis der Gesamtbevölkerung und nicht nur der Staatsbürger berechnet würden.

Viele der großen Aufgaben unserer Zeit, wie die ökologische und digitale Transformation, Migration oder der demografische Wandel, sind komplexe Transformationsprozesse. Diese Prozesse sind vielschichtig, interdisziplinär und erstrecken sich über verschiedene Ressorts. Unsere bestehenden Strukturen in Politik und Verwaltung sind jedoch nicht für diese Komplexität ausgelegt. Die derzeitigen Ansätze, strukturelle Verbindungen zu schaffen, etwa durch interministerielle Arbeitsgruppen, erweisen sich als mühsam und wenig effektiv. Das Problem zeigt sich besonders an den Schnittstellen, wo eigentlich funktionierende Interfaces benötigt würden.

Die EU-Kommission hat in Zusammenarbeit mit den Akademien der Wissenschaften einen Beratungsmechanismus entwickelt, der als SAPEA (Science Advice for Policy by European Academies) bekannt ist. Dieser Mechanismus ist Teil des Science Advice Mechanism (SAM) und dient dazu, wissenschaftlich fundierte Positionspapiere zu zentralen und wichtigen Fragen zu erstellen. Diese Papiere, die auf wissenschaftlichem Konsens basieren, werden regelmäßig zur Unterstützung von politischen Entscheidungsprozessen herangezogen.

### **Probleme im politischen System und der Entscheidungsfindung**

Die gegenwärtige Verteilung politischer Macht bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung. Entscheidungen, die das Leben vieler Menschen beeinflussen, dürfen nicht länger in kleinen, abgeschotteten Kreisen getroffen und anschließend als fertige Lösungen präsentiert werden. Ein aktuelles Beispiel für diese Problematik sind „Last-minute“-Gesetzesvorschläge, die mit lediglich zwei Wochen Begutachtungsfrist vorgelegt werden, was eine echte Mitwirkung der Bürger\*innen verhindert.

Die Arbeits- und Abstimmungsprozesse in Koalitionsregierungen sind oft ineffizient. Insbesondere die Abstimmung zwischen den Koalitionspartnern und die Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Ministerialverwaltung sind nicht klar geregelt. Dies führt zu Unklarheiten und Verzögerungen in der Regierungsarbeit. Der derzeitige parlamentarische Prozess weist Defizite in Bezug auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit auf. Bürger\*innen haben oft keinen klaren Einblick in die Entscheidungsfindung und das Abstimmungsverhalten ihrer gewählten Abgeordneten. Zudem besteht in der Praxis ein starker Fraktionszwang, der individuelle Abstimmungsentscheidungen der Abgeordneten einschränken kann.

Das Verhältnis zwischen politischen Parteien sollte durch eine Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation gekennzeichnet sein. Der Begriff "Coopetition" beschreibt treffend diese notwendige Ambivalenz. Aktuell dominiert jedoch der Wettbewerb, und das gemeinsame Ziel, das Land positiv zu gestalten, tritt in den Hintergrund. Die oft martialische Sprache, wie "politischer Gegner" und "Wahlkampf", verstärkt diese Konkurrenzhaltung und wird zunehmend als unangemessen und überholt wahrgenommen. Das politische Klima ist zunehmend von Spaltung und polarisierten

Debatten geprägt, obwohl die oft zitierte "Zweiteilung" der Gesellschaft tatsächlich nicht so tiefgreifend ist, wie sie erlebt wird. Stattdessen handelt es sich um eine wahrgenommene Trennung, die durch vereinfachende Narrative verstärkt wird. Diese Entwicklung behindert die Fähigkeit, Kompromisse zu finden und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Es besteht ein erheblicher Mangel an Transparenz in den politischen Prozessen, insbesondere bei der Gesetzgebung und der Verwaltung. Viele Bürger\*innen sind nicht ausreichend über die Abläufe, Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten informiert. Dies führt zu einem Defizit im Verständnis und der Partizipation in demokratischen Prozessen. Es herrscht weit verbreitet die Meinung, dass Entscheidungen und Mittelverwendungen "von oben" intransparent und eigennützig getroffen werden. Besonders auf kommunaler Ebene wird oft vermutet, dass Geld ohne ausreichende Kontrolle ausgegeben wird, was das Vertrauen der Bürger\*innen in die Politik untergräbt.

Das aktuelle politische System zeigt sich zunehmend unfähig, die komplexen Herausforderungen in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt, Außenpolitik und Geopolitik effektiv zu bewältigen. Der Erfolg interministerieller Arbeitsgruppen hängt stark von den beteiligten Personen ab, wobei erfolgreiche Beispiele zwar existieren, der gesamte Verwaltungsapparat jedoch als schwerfällig und langsam empfunden wird. Politische Interessen dominieren häufig über fachliche Notwendigkeiten, was die Problemlösungsfähigkeit weiter einschränkt.

Um zu besseren und breiter akzeptierten politischen Entscheidungen zu gelangen, fehlt es an Instrumenten, die Deliberation und Konsensbildung fördern. Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen sind zwar etablierte Mittel, ermöglichen jedoch oft keine tiefgehende Auseinandersetzung mit komplexen Themen. Dies führt dazu, dass wichtige Themen, wie beispielsweise das Klimaschutzgesetz, nur aus der Perspektive politischer Machtkämpfe betrachtet werden und weniger als Ergebnis eines gesellschaftlichen Konsenses. Die Einbindung von Stakeholdern in politische Entscheidungsprozesse ist stark politisiert und fördert bestehende Machtstrukturen. Dies zeigt sich auch im häufigen Personalwechsel zwischen Interessengruppen und der Verwaltung, was in kleinen Ländern üblich ist. Problematisch ist jedoch der Mangel an Transparenz in diesem Prozess, da es keine Informationen über die Einbeziehung von Stakeholdern gibt.

Die Einbindung von Wissenschaftler\*innen und Expert\*innen in politische Entscheidungsprozesse erfolgt häufig über Gutachten, Beiräte und Kommissionen. Obwohl es etablierte Beispiele gibt, bleibt das Potenzial dieser Strukturen oft ungenutzt. Ein zentrales Problem besteht darin, dass es an ständigen Gremien fehlt, die konkrete und umsetzbare Empfehlungen zu spezifischen politischen Fragen entwickeln. Wissenschaftler\*innen tendieren dazu, keine klaren politischen Empfehlungen auszusprechen und sich auf ihr Fachgebiet zurückzuziehen. Dies führt zu einem breiten politischen Spielraum und einer gewissen Unverbindlichkeit der Ergebnisse.

In Österreich mangelt es an Verfahren, die größtmögliche Transparenz und Bürgernähe fördern. Der politische Diskurs, insbesondere zur Demokratiereform und Partizipation, wird überwiegend innerhalb einer intellektuellen Elite geführt, ohne die breite Bevölkerung ausreichend einzubeziehen. Personalentscheidungen, etwa in öffentlichen Institutionen wie dem Rundfunk, erfolgen häufig ohne öffentliche Hearings. Zudem investieren Parteien, Behörden und Institutionen erhebliche Mittel in Public Relations, anstatt diese Ressourcen zur Förderung partizipativer Prozesse zu nutzen. Ein weiteres Problem ist die Abhängigkeit von Expert\*innen, deren Unabhängigkeit oft durch Karriereinteressen und parteipolitische Einflüsse eingeschränkt ist.

Aktuell werden Gesetzesentwürfe sowie Verordnungen und Berichte in einem Koordinierungsausschuss der Koalition abgestimmt und finalisiert. Dieser Prozess ist, wie auch aus der öffentlichen Berichterstattung hervorgeht, mühsam und langwierig. Nach Abschluss dieses Prozesses besteht bei den Regierungsmitgliedern nur noch eine geringe Bereitschaft, im anschließenden Begutachtungsverfahren und während des parlamentarischen Prozesses inhaltliche Änderungen vorzunehmen. Dies führt zu teils fragwürdigen inhaltlichen und rechtlichen Ergebnissen.

Bürger\*innen sehen sich heute nicht mehr nur als Wählende, die den Politiker\*innen blind vertrauen, sondern begegnen politischen Entscheidungen zunehmend mit Misstrauen. Selbst bei Bürgerbeteiligungsmodellen für lokale Veränderungen fehlt oft die nötige Transparenz, was nach der Umsetzung zu anhaltenden Diskussionen über die Kosten führt. Besonders im Wahlkampf betonen Parteien häufig die Bedeutung des Souveräns und fordern mehr Volksabstimmungen. Doch der Bund ist nicht die richtige Ebene für mehr Mitbestimmung; diese muss in den Gemeinden und Ländern gestärkt werden.

In der Gesellschaft besteht oft das Missverständnis, dass komplexe Herausforderungen einfache Lösungen erfordern. Dies führt zu einer unzureichenden Wertschätzung für die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse und die Notwendigkeit sorgfältiger Gesetzgebungsarbeit. Transparenz spielt eine zentrale Rolle in Entscheidungsprozessen. Häufig fehlt es jedoch an der notwendigen Offenheit, was zu intransparenten und schwer nachvollziehbaren Entscheidungen führt. Dies mindert die Akzeptanz demokratischer Prozesse.

#### **A.4 Medienunabhängigkeit und politische Einflussnahme**

##### **Herausforderungen für unabhängigen Journalismus**

In einer modernen Demokratie ist unabhängiger Journalismus von zentraler Bedeutung für die Kontrollfunktion gegenüber Staat und Gesellschaft. Insbesondere Printmedien stehen jedoch unter starkem wirtschaftlichen Druck. Inseratengelder fließen zunehmend zu großen amerikanischen Online-Plattformen, was zu einer Reduzierung der Redaktionskapazitäten führt. Hinzu kommen Herausforderungen in den Vertriebswegen, sowohl bei Printausgaben als auch in verschiedenen Online-Formaten. Online-Bezahlsysteme sind oft kompliziert und uneinheitlich. Darüber hinaus untergraben Troll-Fabriken und gekaufter Journalismus das Vertrauen der Konsument.

Die derzeitige Politik der Medienförderung in Österreich führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Ein Beispiel ist die Verteilung der sogenannten „Qualitätsförderung“: 2024 erhalten Boulevardmedien wie die Kronen-Zeitung 2,3 Millionen Euro und "Heute" 715.381 Euro, während konstruktive Qualitätsmedien wie der „Falter“ nur 201.550 Euro bekommen. Diese ungleiche Verteilung verzerrt den Markt erheblich, indem Steuergelder primär an Medien fließen, die oft destruktiv berichten, während unabhängige, kritische Medien finanziell benachteiligt werden.

##### **Politische Einflussnahme und Medienförderung**

Zusätzlich erfolgt die Vergabe von Regierungsinseraten durch Bund und Länder in willkürlicher und freihändiger Weise, wobei der Großteil der Mittel an Boulevardmedien wie die Kronen Zeitung,

„Heute“ und „Ö24“ geht. Dies hat gravierende Folgen: Statt die Mächtigen zu kontrollieren, hofieren diese Medien die Politik, um weiterhin von den Geldern zu profitieren. Dadurch wird die Unabhängigkeit des Journalismus untergraben und eine Kultur geschaffen, in der Politiker sich an unkritische Berichterstattung gewöhnen und kritische Medien zunehmend marginalisiert werden.

In Österreich besitzen Boulevardmedien eine besonders große Macht, die durch die enge Verflechtung von Politik und Medien beeinflusst wird. Die hohe Marktkonzentration führt zu einer Machtkonzentration, die potenziell korruptionsanfällig ist. Zwar arbeitet der Großteil der Medien korrekt, dennoch kommt es vor, dass politische Akteure gegeneinander ausgespielt werden und Medien ihre Unterstützung denjenigen bieten, die am meisten dafür zahlen. Diese Unterstützung ist jedoch oft nicht von Dauer.

### **Gefährdung demokratischer Institutionen**

Der österreichische Rechtsstaat steht vor der Herausforderung, dass zentrale demokratische Institutionen wie der ORF, der Verfassungsgerichtshof (VfGH) und die Justiz einem erheblichen Einfluss der Regierung unterliegen. Konkret betrifft dies die Zusammensetzung der Gremien des ORF, die Ernennung der Verfassungsrichter\*innen sowie die Staatsanwält\*innen. Dieser starke Regierungseinfluss gefährdet die Unabhängigkeit und Integrität wichtiger demokratischer Institutionen.

Die Unabhängigkeit der Medien und Justiz in Österreich steht unter Druck durch politischen Einfluss und strukturelle Schwächen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Verfassungsgerichtshof sind Beispiele für Institutionen, deren Unabhängigkeit durch den aktuellen Bestellmodus gefährdet ist. Dies führt zu einem erhöhten Einfluss der Regierung und einer potenziellen Verzerrung in der Berichterstattung und Rechtsprechung. Hinzu kommt die problematische Rolle der Regierungsinserate und die unzureichende Ausstattung von Staatsanwaltschaften, die die Korruptionsbekämpfung behindern.

### **Qualitätsprobleme in der Berichterstattung**

Ein weiteres relevantes Problem ist die politische Berichterstattung, die häufig auf „Er sagt, sie sagt“-Narrativen basiert. In solchen Fällen bleibt wenig Raum für tiefgehende inhaltliche Auseinandersetzungen. Zudem werden Aussagen gelegentlich nicht ausreichend überprüft, was zu einer weniger fundierten Berichterstattung führen kann. Auch die Tendenz, Berichte mit persönlichen Meinungen und Bewertungen der Journalist\*innen zu überlagern, kann den inhaltlichen Gehalt mindern.

Schließlich gibt es in Österreich Berufsverbände wie den Presserat und den Presseclub Concordia, die auf saubere und qualitätsorientierte Medienarbeit achten. Dennoch gibt es Medien, die nicht Mitglied dieser Verbände sind und deren Regeln ignorieren.

### **Herausforderungen für den ORF und den Journalismus**



Der Österreichische Rundfunk (ORF) steht vor der Herausforderung, seine redaktionelle und operative Unabhängigkeit langfristig zu sichern. Trotz vielfältiger Reformideen ist vor allem eine umfassende Absicherung seiner Unabhängigkeit durch eine Reform der Gremien dringend erforderlich. Dies wird durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) zusätzlich unterstrichen.

Angriffe auf Journalist\*innen nehmen in verschiedenen Formen zu: SLAPP-Klagen, Online-Kampagnen, verbale und körperliche Angriffe, insbesondere bei Demonstrationen. Während einzelne Vorfälle thematisiert werden, bleibt die dahinterliegende Systematik oft unbeachtet. Diese Angriffe folgen einem klaren Muster: Zweifel säen: Angriffe zielen darauf ab, das Vertrauen in Journalist\*innen und Medien zu untergraben. Glaubwürdigkeit schmälern: Besonders der ORF wird häufig attackiert, um das Vertrauen in etablierte Medien zu senken. Propaganda fördern: Durch die Schwächung unabhängiger Medien sollen Menschen auf vermeintliche Alternativmedien umgeleitet werden, die statt Journalismus Propaganda, Desinformation oder interessen geleitete Kommunikation bieten. Informationsblasen schaffen: Ziel ist es, das Publikum in einer Parallelwelt aus Propaganda und Desinformation gefangen zu halten, indem es in einer Medienbubble aus assoziierten Kanälen (z.B. Auf1-TV, FPÖ-TV, Telegram) gehalten wird.

### **Gefahren für die Demokratie**

Die Demokratie in Österreich ist durch Schwächen in der Gewaltenteilung und durch Defizite in der politischen Bildung gefährdet. Es fehlt an einer breiteren Vermittlung, die die Entstehung und die Ziele politischer Haltungen sowie deren Widersprüche aufzeigt.

### **Probleme bei der journalistischen Unabhängigkeit**

Ein weiteres Problem betrifft den Zugang zu Regierungsreisen. Während der Bundespräsident alle Medien gleichermaßen informiert und ihnen die Möglichkeit bietet, ihn auf Reisen zu begleiten (gegen gleiche Kostenbeteiligung), laden andere Regierungsmitglieder wie der Kanzler oder Minister nur ausgewählte Medien ein. Dies führt dazu, dass bestimmte Medien wie „embedded journalists“ agieren, was ihre Unabhängigkeit infrage stellt.

Die Finanzierung von Journalismus stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Angesichts des aktuellen Zustands des Mediensystems werden mehrere kritische Aspekte oft nicht ausreichend diskutiert.

## **B. Individuelle Verantwortung**

Dieses Kapitel beschreibt die vielfältigen Herausforderungen und Probleme in den Bereichen Auswahlprozesse für politische Positionen und die Entscheidungsfindung in einer pluralistischen Gesellschaft in Österreich. Die zentrale These ist, dass die Demokratie und ihre Institutionen gefährdet sind, wenn Auswahlprozesse für Schlüsselpositionen im Staat nicht transparent, nachvollziehbar und auf demokratische Prinzipien ausgerichtet sind. Zudem werden die politischen Herausforderungen durch eine zunehmende gesellschaftliche Diversität und die Komplexität moderner Entscheidungsprozesse weiter verschärft.

## Hauptprobleme:

1. **Bedeutung von Personalentscheidungen:** Demokratische Institutionen geraten in Gefahr, wenn zentrale Funktionen des Staates von Personen ohne eine klare demokratische Gesinnung besetzt werden. Positionen wie die des Bundespräsidenten, des Nationalratspräsidenten, der Verfassungsrichter und bestimmter Ministerien müssen unbedingt mit überzeugten Demokrat\*innen besetzt sein, um die Stabilität der Demokratie zu gewährleisten.
2. **Schwierigkeiten bei der Festlegung von Auswahlkriterien:** Die Verfassung stellt Hürden bei der Festlegung spezifischer Auswahlkriterien für Staatsorgane dar, da sie auf rechtspositivistischer Zuständigkeit der dafür vorgesehenen Organe beruht. Dies führt dazu, dass es schwierig ist, klare und strenge Auswahlkriterien für zentrale politische Positionen zu etablieren.
3. **Mangelnde Transparenz und Akzeptanz bei Ernennungen:** Die Auswahl und Ernennung von Minister\*innen erfolgen häufig unter großem Zeitdruck und ohne ausreichende Transparenz, was das Vertrauen der Öffentlichkeit in diese Prozesse untergräbt. Es fehlt an einer breiten Akzeptanz und Transparenz in der Entscheidungsfindung.
4. **Gesunkenes Niveau der politischen Auseinandersetzung:** Das Niveau der politischen Auseinandersetzung ist auf ein bedenklich niedriges Niveau gesunken, was sich in Verhaltensweisen wie Lügen, Täuschung und Korruption zeigt. Dies betrifft auch Parteien, die sich als „staatstragend“ bezeichnen, was die Integrität des politischen Systems weiter gefährdet.
5. **Soziale Schichtung im Parlament:** Ein weiteres Problem stellt die soziale Schichtung im Parlament dar, die zu einem Defizit in der Repräsentation unterprivilegierter Gruppen führt. Dies führt zu Enttäuschung und einer Zunahme von populistischer Empörung, da die politischen Realitäten und Anliegen dieser Gruppen häufig ignoriert werden.
6. **Diversität und ihre Herausforderungen für die Politik:** Die zunehmende Diversität der Gesellschaft stellt die Politik vor die Herausforderung, eine Vielzahl von Bedürfnissen und Ansichten zu berücksichtigen. Dabei wird oft zu sehr auf Meinungsumfragen gesetzt, die vor allem die eigene Wählerschaft abbilden, was wichtige Inhalte und Fakten in den Hintergrund drängt.
7. **Komplexität moderner Entscheidungsfindung:** Entscheidungsträger\*innen sehen sich zunehmend damit konfrontiert, in einer digitalisierten und medial geprägten Welt fundierte Entscheidungen zu treffen. Es mangelt jedoch oft an Verständnis für die Unterschiede zwischen Journalismus, Werbung, Desinformation und Propaganda sowie an Kenntnissen über die Auswirkungen von Social Media und Künstlicher Intelligenz.
8. **Mangel an konstruktiver Zusammenarbeit und Vertrauen:** Eine funktionierende Demokratie erfordert Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien. Derzeit herrscht jedoch eine Tendenz vor, Vorschläge pauschal abzulehnen, nur weil sie von der politischen Gegenseite stammen, was sachliche Diskussionen erschwert.

9. **Unzureichende politische Bildung und Auswahlverfahren:** In der Politik fehlen systematische Ansätze zur Auswahl und Bildung von Entscheidungsträger\*innen, wie sie in der Wirtschaft üblich sind. Dies führt zu einem Vertrauensverlust in die politische Führung und untergräbt die Effizienz und Akzeptanz politischer Entscheidungen.

**Fazit:**

Der Text macht deutlich, dass die politischen Institutionen und Prozesse in Österreich vor erheblichen Herausforderungen stehen, die die Stabilität der Demokratie gefährden. Eine verstärkte Transparenz in Auswahlprozessen, eine bessere Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen im Parlament und eine gezielte Verbesserung der politischen Bildung sind notwendig, um das Vertrauen in die Demokratie wiederherzustellen und zukunftsorientierte, faktenbasierte Entscheidungen zu ermöglichen.

**Folgende Probleme werden angesprochen:**

1. Die Demokratie ist gefährdet, wenn zentrale Positionen mit Extremisten besetzt werden.
2. Die Verfassung macht es schwierig, spezifische Auswahlkriterien für Staatsorgane festzulegen.
3. Es fehlt ein klarer, transparenter Auswahlprozess für politische und politnahe Positionen.
4. Kurze Entscheidungsfristen bei Minister\*innen-Ernennungen sind problematisch.
5. Die politische Auseinandersetzung ist auf ein bedenklich niedriges Niveau gesunken.
6. Wichtige Verhaltensnormen wie Ehrlichkeit und Integrität werden in der Politik zunehmend vernachlässigt.
7. Es fehlt eine nationale Praxis, wie Minister\*innen ihre Aufgaben öffentlich definieren.
8. Die soziale Schichtung im Parlament führt zu einem Repräsentationsdefizit unterprivilegierter Gruppen.
9. Die Diversität der Gesellschaft stellt die Politik vor komplexe Herausforderungen.
10. Politiker\*innen verlassen sich zu sehr auf Meinungsumfragen, was Inhalte und Fakten in den Hintergrund drängt.
11. Es gibt ein mangelndes Verständnis über die Unterschiede zwischen Journalismus, Werbung, Desinformation und Propaganda.
12. Die wachsende Bedeutung von Künstlicher Intelligenz und Social Media stellt neue Herausforderungen für die Entscheidungsfindung dar.
13. Die Demokratie wird von den Bürger\*innen oft als unzureichend funktionierend wahrgenommen.
14. Es fehlt an Vertrauen und Kooperation zwischen politischen Parteien, was sachliche Diskussionen erschwert.

15. Die politische Bildung und die Auswahlverfahren für Entscheidungsträger sind unzureichend.
16. In der Politik fehlen systematische Ansätze zur Auswahl von Führungspersonen, was das Vertrauen der Bürger\*innen schwächt.

Diese Kapitel fasst die zentralen Herausforderungen und Probleme zusammen, die in den Bereichen politische Stabilität, Entscheidungsfindung, politische Zusammenarbeit und politische Bildung beschrieben werden.

## **B.1 Der Einfluss von Auswahlprozessen auf die politische Stabilität**

### **Bedeutung von Personalentscheidungen**

Das Zitat von Friedrich Ebert "Demokratie braucht Demokraten" ist wörtlich zu nehmen. Ohne überzeugte Demokrat\*innen in allen zentralen Funktionen des Staates gerät die Demokratie in Gefahr und könnte schnell verschwinden. Entscheidende Positionen wie die des Bundespräsidenten, des Nationalratspräsidenten, der Verfassungsrichter sowie der Minister für Inneres, Justiz, Finanzen, Verteidigung und des Kanzlers dürfen keinesfalls mit Extremisten besetzt werden.

In der österreichischen Bundesverfassung spielt der Bundespräsident eine zentrale Rolle bei der Auswahl der Mitglieder der Bundesregierung, während die Abgeordneten des Nationalrats über die Wahl der/s Nationalratspräsident\*in abstimmen. Diese Entscheidungen basieren auf Vorschlägen der Klubs.

### **Anforderungen und Auswahlprozesse für politische Positionen**

Die Festlegung von Auswahlkriterien für Staatsorgane innerhalb der geltenden Verfassung gestaltet sich schwierig. Die Verfassung vertraut auf die rechtspositivistische Zuständigkeit der dafür vorgesehenen Organe. Eine Einschränkung der Anforderungen auf einzelne Organe, wie den Nationalratspräsidenten, den Bundeskanzler, das Innenministerium oder das Justizministerium, erscheint verfassungsrechtlich unzulässig und sachlich unangemessen. Obwohl für diese Positionen strengere Kriterien sinnvoll sein könnten, darf dies nicht auf Kosten der Verfassungskonformität geschehen.

Bevor spezifische Qualifikationen oder Auswahlkriterien für hochrangige politische und politnahe Positionen diskutiert werden, muss der grundlegende Auswahlprozess festgelegt werden. Dieser Prozess sollte für alle betroffenen Positionen gleichermaßen gelten und sicherstellen, dass die Auswahl transparent und nachvollziehbar ist.

Bei der Auswahl von Nationalratspräsident\*innen und Regierungsmitgliedern gibt es unterschiedliche Anforderungen im fachlichen und persönlichen Bereich, die berücksichtigt werden müssen. Diese Kriterien sind entscheidend, um sicherzustellen, dass die betreffenden Personen in der Lage sind, ihre Aufgaben objektiv, sachorientiert und im Interesse der parlamentarischen Demokratie auszuführen.

### **Probleme und Herausforderungen bei Ernennungen**

Ein häufig wiederkehrendes Problem bei der Ernennung von Minister\*innen ist die extrem kurze Entscheidungsfrist, die den betroffenen Personen zur Verfügung steht. Oftmals beträgt diese lediglich wenige Stunden bis maximal einen Tag. Diese Praxis hängt möglicherweise damit zusammen, dass Personalfragen erst am Ende von Koalitionsverhandlungen behandelt werden und dass mediales "Namedropping" oder Leaks verhindert werden sollen, da diese den betroffenen Personen schaden könnten.

Das Ernennungsrecht für Minister\*innen liegt zwar formell beim Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers, doch fehlt es oft an Transparenz und breiter Akzeptanz der Entscheidung.

Das Niveau der politischen Auseinandersetzung ist auf ein bedenklich niedriges Niveau gesunken. Einfache Schwüre auf Demokratie und Republik reichen nicht mehr aus, um negative Verhaltensweisen wie Lügen, Täuschung, Korruption und die Diskreditierung politischer Gegner auszuschließen. Dieses Phänomen betrifft auch sogenannte „staatstragende Parteien.“

Zu Beginn jeder EU-Kommission ist es gängige Praxis, dass die Kommissar\*innen einen öffentlichen Mission Letter von der/dem Kommissionspräsident\*in erhalten, der das Arbeitsprogramm der Kommission umreißt. Diese Praxis fehlt jedoch auf nationaler Ebene für frisch angelobte Minister\*innen.

Die soziale Schichtung im Parlament stellt ein zusätzliches demokratiepolitisches Problem dar: Die Interessen unterprivilegierter Gruppen werden häufig nur von Mitgliedern der Eliten vertreten, was ein klares Defizit in der repräsentativen Demokratie darstellt. Das führt zu Wut, Enttäuschung und einer Zunahme von populistischer Empörung, da die politischen Realitäten und Anliegen dieser Gruppen ignoriert werden.

## **B.2 Entscheidungsträger in einer pluralistischen Gesellschaft**

### **Diversität der Gesellschaft und Herausforderungen für die Politik**

Die politische Landschaft in Österreich ist durch eine zunehmende Diversität der Gesellschaft geprägt, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiter verstärkt hat. Diese Vielfalt führt zu einer Vielzahl von Bedürfnissen, Ansichten und Überzeugungen, die häufig vom unmittelbaren Umfeld der Menschen beeinflusst werden. Politiker\*innen sehen sich daher gezwungen, verschiedene Interessensgruppen anzusprechen, wobei sie häufig auf Meinungsumfragen zurückgreifen, die besonders die eigene Wählerschaft abbilden.

### **Gefahren und Herausforderungen in der politischen Entscheidungsfindung**

Dieses Vorgehen birgt die Gefahr, dass Inhalte und Fakten in den Hintergrund treten. Angesichts der heutigen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Sicherheit in vielen Bereichen, der Energie- und Lebensmittelversorgung, der Mobilität und Naturgefahren, sind solche einseitigen Ansätze besonders problematisch. Die politische Kooperation, sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteien, ist entscheidend, um zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln.

Entscheidungsträger\*innen in Politik, Justiz und Wirtschaft stehen zunehmend vor der Herausforderung, in einer digitalen und medial geprägten Welt fundierte Entscheidungen zu treffen. Oft fehlt es an einem klaren Verständnis der grundlegenden Unterschiede zwischen Journalismus, Unternehmenskommunikation, Werbung, Desinformation und Propaganda. Ebenso bestehen Defizite im Wissen über die Funktionsweisen von Social Media, den dahinterstehenden Plattform-Algorithmen und deren Auswirkungen. Darüber hinaus gewinnt die Künstliche Intelligenz (KI) an Bedeutung, deren Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs und die Entscheidungsfindung kaum absehbar ist.

### **Demokratie und politische Zusammenarbeit**

Die Demokratie ist mehr als nur eine Staatsform; sie ist eine „Lebensform“, die aktiv gelebt und „funktioniert“ werden muss. Obwohl die Österreicher\*innen grundsätzlich einen hohen Wert in der Demokratie sehen, zeigt sich eine deutliche Unzufriedenheit, wenn es um die tatsächliche Umsetzung und das Funktionieren der Demokratie in Österreich geht. Besonders kritisch wird die praktische Ausführung der österreichischen Politik bewertet.

Eine konstruktive Zusammenarbeit, auch in der Politik, erfordert Vertrauen zwischen den beteiligten Personen. Obwohl politische Parteien naturgemäß im Wettbewerb zueinander stehen – was ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist – ist es notwendig, ein grundlegendes Vertrauen zu bewahren, um sachliche Diskussionen zu ermöglichen. Derzeit wird jedoch häufig die Tendenz beobachtet, Vorschläge pauschal abzulehnen, lediglich weil sie von der politischen Gegenseite stammen.

### **Politische Bildung und Auswahlverfahren für Entscheidungsträger**

Die Diskussion um die Verbesserung der politischen Bildung an Schulen und die Einführung strukturierter Auswahlverfahren für politische Entscheidungsträger läuft schon seit geraumer Zeit. In der Wirtschaft sind gut ausgebildete, loyale und sozial kompetente Mitarbeiter\*innen entscheidend für den Erfolg. Unternehmen investieren daher zunehmend in Employer Branding und die gezielte Auswahl geeigneter Personen. In der Politik hingegen fehlen oft solche systematischen Ansätze. Stattdessen wird die Auswahl von Entscheidungsträgern oft dem Zufall überlassen, was bei den Bürger\*innen nicht gut ankommt. Das Vertrauen in die politische Führung leidet.

### **C. Macht**

Dieses Kapitel beleuchtet die Gefahren für die parlamentarische Demokratie und den österreichischen Rechtsstaat. Die zentralen Themen umfassen die potenziellen Risiken, die aus parteiischer Machtfülle und fehlender Unabhängigkeit der Institutionen resultieren, sowie die Notwendigkeit einer verstärkten Korruptionsbekämpfung und einer umfassenden Reform der politischen Kultur.

1. **Macht des Nationalratspräsidenten:** Der Präsident des österreichischen Nationalrats hat erhebliche Befugnisse, die bei parteiischer Ausübung zu einer systematischen Behinderung

der Opposition führen können. Dies gefährdet die Funktionsfähigkeit des Parlaments und untergräbt das Vertrauen in demokratische Prozesse.

2. **Schwächen in der Gewaltenteilung:** Es fehlt den Parlamenten an institutioneller Unabhängigkeit gegenüber der Regierung. Abgeordnete sind stark von ihrer Parteiführung abhängig, was die Kontrollfunktion des Parlaments erheblich einschränkt und die Gewaltenteilung schwächt.
3. **Probleme des Parlamentarismus:** Der Demokratiefrust in der Bevölkerung resultiert aus einem negativen Bild des Parlamentarismus, in dem parteipolitische Konflikte und populistische Themen dominieren. Dies fördert autokratische Tendenzen und schwächt die repräsentative Demokratie.
4. **Herausforderungen in der parlamentarischen Arbeit:** Die Verlagerung politischer Entscheidungen in außerparlamentarische Bereiche und die inhaltliche Schwäche der parlamentarischen Arbeit führen zu einem Vertrauensverlust in die Parlamente. Abgeordnete sind oft auf externe Berater angewiesen, was ihre Unabhängigkeit gefährdet.
5. **Einfluss der Regierung auf zentrale Institutionen:** Institutionen wie der ORF, der Verfassungsgerichtshof und die Justiz stehen unter erheblichem Einfluss der Regierung, was ihre Unabhängigkeit und die Integrität demokratischer Prozesse gefährdet.
6. **Gefährdung der Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofs:** Die Regierung hat nahezu uneingeschränkte Macht bei der Besetzung der Richterposten, was zu einer Machtkonzentration führen kann, die das Gleichgewicht der Gewalten bedroht.
7. **Politischer Einfluss auf Medien und Justiz:** Die Unabhängigkeit von Medien und Justiz ist durch politischen Einfluss und strukturelle Schwächen gefährdet. Dies betrifft insbesondere den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Korruptionsbekämpfung.
8. **Strukturelle Schwächen in der Korruptionsbekämpfung:** Die Korruptionsbekämpfung in Österreich ist durch unzureichende Ressourcen und mangelnde klare Qualifikationsanforderungen in der Verwaltung beeinträchtigt. Ein hohes Maß an Misstrauen und unzureichende Diskussionen erschweren effektive Reformen.
9. **Ministerielle Macht und Verwaltungsdefizite:** Minister verfügen über umfangreiche Befugnisse, die zu Risiken für Demokratie und Rechtsstaat führen können. Die sinkende Qualität der Verwaltung und parteipolitische Besetzungen verschlechtern die öffentliche Wahrnehmung und Akzeptanz.
10. **Parteienmacht und Demokratie:** Parteien in Österreich neigen dazu, ihren Einfluss auszuweiten, was die Demokratie belastet. Die Machtkonzentration auf einzelne Personen oder kleine Gruppen erhöht die Anfälligkeit für politische Einflussnahme und schränkt die Opposition ein.

#### **Fazit:**

Die parlamentarische Demokratie und der Rechtsstaat in Österreich stehen vor erheblichen Herausforderungen, die durch parteiische Machtfülle, mangelnde Unabhängigkeit der Institutionen

und strukturelle Schwächen in der Korruptionsbekämpfung verschärft werden. Um diese Gefahren zu mindern, sind umfassende Reformen in den Bereichen politische Kultur, Gewaltenteilung und Verwaltungsführung notwendig. Eine verstärkte Transparenz und eine sachliche, offene Diskussion über die bestehenden Probleme sind unerlässlich, um das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen wiederherzustellen.

**Hier sind die Gefahren in kurzen Sätzen zusammengefasst:**

1. Ein parteiischer Nationalratspräsident kann die Opposition behindern und demokratische Prozesse schwächen.
2. Ständige Konflikte und Blockaden im Parlament könnten zu dessen Lähmung führen.
3. Parteitreue Besetzungen in Schlüsselpositionen des Parlaments gefährden Transparenz und fördern Amtsmissbrauch.
4. Schwächen in der Gewaltenteilung machen Abgeordnete von der Parteiführung abhängig.
5. Der negative öffentliche Eindruck des Parlamentarismus fördert Demokratiefrost.
6. Regierungsdominierte Gesetzgebung und populistische Themen schwächen die repräsentative Demokratie.
7. Oberflächliche Debatten und parteipolitische Zwänge mindern die Effektivität des Parlaments.
8. Abhängigkeit von externen Beratern gefährdet die Unabhängigkeit der Abgeordneten.
9. Politischer Einfluss gefährdet die Unabhängigkeit von ORF, Verfassungsgerichtshof und Justiz.
10. Regierungsdominierte Richterbesetzungen können Machtkonzentration und Abbau der Gewaltenteilung fördern.
11. Korruptionsbekämpfung wird durch Ressourcenmangel und fehlende Transparenz erschwert.
12. Minister könnten ihre Macht missbrauchen und Demokratie sowie Rechtsstaat gefährden.
13. Das Vertrauen in Verwaltung und Politik schwindet durch sinkende Qualität und parteipolitische Besetzungen.
14. Parteien streben nach mehr Einfluss, was das Gleichgewicht der Demokratie belastet.
15. Eine fehlende sachliche Diskussion erschwert die Korruptionsbekämpfung.
16. Politiker sind in Österreich nicht zivilrechtlich haftbar, was Amtshaftungsansprüche erschwert.

**C.1 Gefahren für die parlamentarische Demokratie**

**Die Bedeutung des Nationalratspräsidenten**

Der Präsident des österreichischen Nationalrats besitzt umfangreiche Befugnisse zur Steuerung parlamentarischer Abläufe und zur Verwaltung des Parlaments. Wenn diese Macht jedoch von einer



parteiisch agierenden Person ausgeübt wird, kann dies die Funktionsfähigkeit des Parlaments und die demokratischen Prozesse erheblich beeinträchtigen. Ein parteiischer Präsident könnte durch strikte und einseitige Auslegung der Geschäftsordnung sowie durch gezielte Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen und Gesetzesvorlagen die Arbeit der Opposition systematisch behindern. Durch manipulative Tagesordnungsplanung könnten Oppositionsvorlagen immer wieder verschoben oder unterdrückt werden, was nicht nur die Rechte der Opposition einschränkt, sondern auch das öffentliche Vertrauen in die konstruktive Arbeitsweise des Parlaments untergräbt.

Zudem besteht die Gefahr, dass durch ständige Konflikte und Blockaden eine allgemeine Ermüdung eintritt, wodurch ernsthafte Probleme oder Missbräuche möglicherweise nicht mehr angemessen wahrgenommen und adressiert werden. In kritischen Situationen könnte dies zu einer Lähmung des Parlaments führen und die schrittweise Demontage demokratischer Strukturen begünstigen.

Ein weiterer Aspekt ist die Besetzung von Schlüsselpositionen innerhalb des Parlamentsapparats. Ein parteiischer Präsident könnte diese Posten mit loyalen Gefolgsleuten besetzen und kritische oder unabhängige Mitarbeiter\*innen entfernen oder versetzen. Dies würde die Kontrolle über interne Prozesse stärken, Transparenz reduzieren und möglichen Amtsmissbrauch erleichtern.

Die Schwächung des Parlaments stellt eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Nationalratswahl im Herbst 2024. Die bestehenden Regelungen, insbesondere die Geschäftsordnung, bieten keinen ausreichenden Schutz gegen diese Bedrohung.

### **Schwächen in der Gewaltenteilung und parlamentarischen Unabhängigkeit**

Die Parlamente verfügen nicht über ausreichende institutionelle Unabhängigkeit gegenüber der Regierung. Abgeordnete unterliegen faktisch einem Mandat der Parteiführung, insbesondere wenn diese Regierungsämter anstrebt. Wer in seinem Amt bleiben will, muss den Anweisungen der Parteispitze folgen, was die Kontrollfunktion des Parlaments einschränkt. Die Demokratie in Österreich ist durch Schwächen in der Gewaltenteilung und durch Defizite in der politischen Bildung gefährdet.

### **Probleme des Parlamentarismus und der parlamentarischen Kultur**

Der wachsende Demokratiefrost in der Bevölkerung ist eng mit dem negativen Bild des Parlamentarismus und einer schwach ausgeprägten parlamentarischen Kultur verbunden. Der Nationalrat wird von den Wählern hauptsächlich als Schauplatz für parteipolitisches Gezänk und gegenseitige Verunglimpfungen wahrgenommen, wobei inhaltliche Diskussionen selten stattfinden. Statt einer lösungsorientierten Debatte stehen Schlagzeilen und populistische Themen im Vordergrund. Dadurch bleiben viele offensichtliche Probleme ungelöst, da der Parlamentsbetrieb von kurzfristigen wählermaximierenden Zielen dominiert wird.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist die fast monopolartige Stellung der Regierung bei der Gesetzgebung. Ohne Regierungsvorlagen geht im Parlament kaum etwas voran. Initiativanträge aus dem Parlament selbst werden in der Regel nur dann eingebracht, wenn die Regierung ein beschleunigtes Verfahren wünscht. Oppositionelle Anträge werden meist ohne ernsthafte Diskussion von den Regierungsfractionen blockiert und vertagt. Dies führt dazu, dass das Parlament für die

Bürger hauptsächlich als Kontrollorgan wahrgenommen wird, verbunden mit negativen Eindrücken und parteipolitischem Streit. Diese Entwicklungen begünstigen autokratische Tendenzen und schwächen die repräsentative Demokratie.

Die zunehmende Förderung populistischer Themen unter dem Deckmantel "strategisch nötigen Unsinn" beeinträchtigt das sorgfältige Abwägen politischer Entscheidungen. Dies untergräbt nicht nur die Qualität der politischen Debatte, sondern gefährdet auch die Gewaltenteilung, da eine wirksame Kontrolle der Regierungsmaßnahmen durch die Volksvertreter erschwert wird.

In Österreich steht das parlamentarische System vor erheblichen Herausforderungen. Die Arbeitsfähigkeit und Legitimation der Parlamente sind bedroht, was zu einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen führt. Ein zentrales Problem ist die Verlagerung politischer Entscheidungsprozesse in vor- und außerparlamentarische Bereiche, wodurch das Vertrauen der Bürger\*innen in die Problemlösungsfähigkeit des Parlamentssystems geschwunden ist. Das Parlament wird oft nur noch als Bestätigungsorgan für in Partei- und Regierungsgremien getroffene Entscheidungen wahrgenommen, was seine zentrale Bedeutung und die der Abgeordneten in Frage stellt.

Ein weiteres Problem ist die inhaltliche Schwäche der parlamentarischen Arbeit. Debatten sind oft nur oberflächliche Scheindiskussionen, die von starrem Regelwerk und parteipolitischen Zwängen dominiert werden. Abgeordnete haben wenig Raum, sich inhaltlich zu profilieren, was dazu führt, dass sie sich häufig auf innerparteiliche Absicherung und öffentlichkeitswirksame, aber inhaltsleere Termine konzentrieren. Zudem wird die politische Kontrolle, eine der Kernaufgaben des Parlaments, kaum als effektiv wahrgenommen.

Das Parlament steht vor der Herausforderung, eine Vielzahl komplexer Themen zu bearbeiten, die von den Abgeordneten allein nur schwer zu bewältigen sind. Derzeit fehlt es an unabhängiger Unterstützung bei grundlegenden Entscheidungen und speziellen Fragestellungen, abgesehen von der Budgetberatung durch den Budgetdienst. Zudem mangelt es den Medien und der Öffentlichkeit oft an unabhängigen Informationen über bedeutende politische Prozesse und Themen, die die öffentliche Debatte beeinflussen. Die zunehmende Komplexität politischer Themenfelder führt dazu, dass sich Parlamentarier\*innen oft auf den Rat von externen Beratern verlassen müssen. Diese "Einflüsterer" verfolgen jedoch nicht selten eigene Interessen, was die Unabhängigkeit und Objektivität der Entscheidungen der Abgeordneten beeinträchtigen kann.

## **C.2 Risiken für den österreichischen Rechtsstaat**

### **Herausforderungen für den Rechtsstaat**

Der österreichische Rechtsstaat steht vor der Herausforderung, dass zentrale demokratische Institutionen wie der ORF, der Verfassungsgerichtshof (VfGH) und die Justiz einem erheblichen Einfluss der Regierung unterliegen. Konkret betrifft dies die Zusammensetzung der Gremien des ORF, die Ernennung der Verfassungsrichter\*innen sowie die Staatsanwält\*innen. Die Regierung kann durch das Justizministerium nicht nur direkt Weisungen an die Staatsanwaltschaft erteilen, sondern beeinflusst auch maßgeblich die Karrierewege der Staatsanwält\*innen. Dieser starke

Regierungseinfluss gefährdet die Unabhängigkeit und Integrität wichtiger demokratischer Institutionen.

### **Gefährdung der Unabhängigkeit des Verfassungsgerichtshofs**

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) spielt eine zentrale Rolle für den Erhalt von Rechtsstaat und Demokratie. Dennoch besteht die Gefahr, dass eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit den Gerichtshof mit Personen besetzt, die seine Schutzfunktion nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen. Diese Gefahr wird durch zwei wesentliche Faktoren verstärkt:

**Einfluss der Regierung auf die Richterbesetzung:** Regierungen mit parlamentarischen Mehrheiten haben nahezu uneingeschränkte Macht bei der Auswahl der VfGH-Richter\*innen. Aktuell erfolgen die Nominierungen durch die Bundesregierung (Präsident\*innen, Vizepräsident\*innen, 6 Mitglieder), den Nationalrat (3 Mitglieder) und den Bundesrat (3 Mitglieder). Dies führt zu einer potenziellen Machtkonzentration, die das Gleichgewicht der Gewalten gefährden kann.

**Amtszeitbeschränkung und altersbedingte Clusterungen:** Die Altersgrenze von 70 Jahren führt dazu, dass innerhalb kurzer Zeit eine große Zahl an Richter\*innen ersetzt werden muss, insbesondere wenn mehrere Amtsinhaber\*innen in einem ähnlichen Alter sind. Dies könnte einer Regierung die Möglichkeit geben, den VfGH in kurzer Zeit erheblich personell umzugestalten.

### **Politischer Einfluss auf Medien und Justiz**

Die Unabhängigkeit der Medien und Justiz in Österreich steht unter Druck durch politischen Einfluss und strukturelle Schwächen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Verfassungsgerichtshof sind Beispiele für Institutionen, deren Unabhängigkeit durch den aktuellen Bestellmodus gefährdet ist. Dies führt zu einem erhöhten Einfluss der Regierung und einer potenziellen Verzerrung in der Berichterstattung und Rechtsprechung. Hinzu kommt die problematische Rolle der Regierungsinserate und die unzureichende Ausstattung von Staatsanwaltschaften, die die Korruptionsbekämpfung behindern.

### **Strukturelle Schwächen in der Korruptionsbekämpfung**

Es besteht Handlungsbedarf in der Bekämpfung von Korruption und Amtsmissbrauch sowie in der Struktur und Organisation von Ministerkabinetten und deren Übergang in die Verwaltung. Der derzeitige Mangel an Ressourcen bei den Staatsanwaltschaften erschwert eine wirksame Strafverfolgung. Zudem fehlen klare Qualifikationsanforderungen und Verfahren für den Übergang von Kabinettsmitgliedern in Verwaltungspositionen, was die Gefahr einer unangemessenen Einflussnahme auf die Verwaltung erhöht.

Ein zentraler Punkt in der Diskussion ist die notwendige Verbesserung der Korruptionsbekämpfung. Dies erfordert nicht nur gut ausgestattete Staatsanwaltschaften, sondern auch eine sachliche Diskussion, die auf Vertrauen und Transparenz basiert. In Österreich herrscht ein hohes Maß an Misstrauen, das durch eine sachliche Klärung der Probleme und Ursachen vor einer Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten abgebaut werden muss. Die Korruptionsbekämpfung ist nicht nur eine

Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für Österreich. Es ist entscheidend, dass die Diskussion um diese Themen sorgfältig geführt wird, um weitere Schäden zu vermeiden. Ergänzungen zu diesem Diskurs sind willkommen, um die Situation umfassend zu beleuchten und effektive Lösungen zu entwickeln.

### **Ministerielle Macht und Verwaltungsdefizite**

Minister\*innen verfügen über umfangreiche Befugnisse in ihren Ressorts, was potenzielle Risiken birgt. Insbesondere das Innenministerium und das Justizministerium könnten von entsprechend agierenden Minister\*innen zu einer Waffe gegen die Demokratie, den Rechtsstaat und die Bürger- und Menschenrechte umfunktioniert werden. Es ist notwendig, dass die Parteien und die Bürger\*innen ihre Blauäugigkeit ablegen und diese Gefahr sehen und entsprechend handeln. In den bisherigen Diskussionen wurde betont, dass es notwendig ist, diese Risiken gezielt anzugehen.

Das Vertrauen der Bevölkerung in Verwaltung und Politik nimmt seit Jahren ab. Diese Entwicklung ist nicht nur auf externe Krisen und Herausforderungen zurückzuführen, sondern auch auf interne Defizite in der österreichischen Verwaltung. Das einst hohe Niveau der Verwaltung hat sich verschlechtert, was sich negativ auf ihre Funktionsfähigkeit und damit auch auf die demokratische Akzeptanz auswirkt. Ursächlich sind parteipolitische Besetzungen von Leitungsfunktionen, eine Trennung zwischen politischer Ebene und Verwaltung, operative Übersteuerung bei gleichzeitiger strategischer Untersteuerung, Qualitätsverluste im Service und eine damit einhergehende Demotivation des Personals. Diese Mängel beeinträchtigen nicht nur die tagesaktuelle Verwaltung und Politikberatung, sondern insbesondere auch die Bereiche Krisenprävention, Krisenmanagement und Zukunftssicherung. Angesichts der sich rasch ändernden geopolitischen, technologischen und klimatischen Rahmenbedingungen ist eine kompetente und flexible Verwaltung für eine effektive Politik unerlässlich.

Die Verantwortung von Beamten gegenüber der Bevölkerung und der Republik, die über einzelne Legislaturperioden hinausgeht, wird in der öffentlichen Verwaltung derzeit nicht ausreichend gefördert. Dies betrifft alle Verwaltungsebenen in Bund, Ländern und Gemeinden.

### **Parteienmacht in Österreich: Balanceakt zwischen Einfluss und Demokratie**

In Österreich sind Parteien mächtige und gut finanzierte Organisationen, die aufgrund ihrer Struktur und ihres Eigeninteresses dazu neigen, ihren Einfluss und ihre Macht zu erweitern. Dies führt häufig zu einem Konflikt mit ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich dem Beitrag zu einer positiven Zukunft des Landes. Der politische Alltag ist stark von parteilichen Interessen und dem Wettbewerb zwischen diesen geprägt, wobei der "Wettbewerb der besten Ideen" oft nur ein Vorwand ist, um Macht und Ressourcen zu sichern.

Der übermäßige Einfluss politischer Parteien stellt eine ernsthafte Belastung für die Demokratie dar. Parteien sind zwar ein unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Prozesses, da sie Interessen ordnen und die politische Komplexität verringern. Doch wie jede Organisation neigen auch Parteien dazu, ihren Einfluss auszubauen und Ressourcen für sich zu beanspruchen. Diese Entwicklung ist zwar natürlich und nicht grundsätzlich negativ, sie muss jedoch begrenzt werden, um ein Ungleichgewicht zu verhindern. Andere Parteien fungieren dabei nur eingeschränkt als Gegengewicht, da sie zwar um

Macht konkurrieren, gleichzeitig aber ein gemeinsames Interesse daran haben, den eigenen Einfluss zu maximieren, wie Beispiele wie die Parteienförderung oder die politische Einflussnahme in Österreich zeigen.

Die Konzentration von Kompetenzen auf einzelne Personen oder kleine Gruppen birgt das Risiko, Macht zu stark zu zentralisieren. Dies kann zu einer erhöhten Anfälligkeit für politische Einflussnahme führen, insbesondere bei der Besetzung von Schlüsselpositionen durch regierungnahe Akteure.

### **Diskussionskultur und Korruptionsbekämpfung**

Ein zentraler Punkt in der Diskussion ist die notwendige Verbesserung der Korruptionsbekämpfung. Dies erfordert nicht nur gut ausgestattete Staatsanwaltschaften, sondern auch eine sachliche Diskussion, die auf Vertrauen und Transparenz basiert. In Österreich herrscht ein hohes Maß an Misstrauen, das durch eine sachliche Klärung der Probleme und Ursachen vor einer Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten abgebaut werden muss. Die Korruptionsbekämpfung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für Österreich. Es ist entscheidend, dass die Diskussion um diese Themen sorgfältig geführt wird, um weitere Schäden zu vermeiden. Ergänzungen zu diesem Diskurs sind willkommen, um die Situation umfassend zu beleuchten und effektive Lösungen zu entwickeln.

### **Zivilrechtliche Haftung von Politikern**

Politische Entscheidungsträger und Amtsträger in Österreich sind aktuell nicht zivilrechtlich für ihr Handeln haftbar, obwohl dies in Wirtschaftsunternehmen sowie in vielen anderen Ländern bereits üblich ist. Die bestehende Rechtslage verhindert die Durchsetzung von Amtshaftungsansprüchen, insbesondere gegen Regierungsmitglieder.

In den letzten Jahren wurden in Österreich Gesetze verabschiedet, deren Vereinbarkeit mit höherrangigen Normen (z.B. Verfassungs- und EU-Recht) bereits vor der Beschlussfassung stark bezweifelt wurde. Trotz dieser Bedenken wurden solche Gesetze oft ohne ausreichende Prüfung der rechtlichen Konsequenzen verabschiedet, was zu einer Vielzahl von Gesetzesaufhebungen durch den Verfassungsgerichtshof und internationale Gerichte geführt hat. Die betroffenen Bürger mussten erhebliche Anstrengungen unternehmen, um gegen solche Gesetze vorzugehen, ohne dass ein Schadensersatz durch den Staat vorgesehen ist. Zudem führte der rechtswidrige Vollzug solcher Normen zu einer zusätzlichen Belastung der Staatsfinanzen.